

Wirtschaftliche

10 Pfennig

Gründet

1703

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhardt, Verantw. Redakteur: im Amt d. Herausgeber: Carl Misch, Berlin, Ullstein-Druckerei, Berlin, am Stralauer Platz 10

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale, Ullstein, Am Dönhofs 8600-8603, Adr. des Fernsprechers: Am Dönhofs 3600-3605, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postschloß-Kont. Berlin, 960.

Noch keine Entscheidung in Preußen.

Die Hoffnung der Rechten.

Die Befragungen des Ministerpräsidenten Braun über die Bildung der neuen preussischen Regierung haben bisher zu einem entscheidenden Ergebnis noch nicht geführt. Am Sonntag hat Ministerpräsident Braun mit der Wirtschaftspartei verhandelt. Die Wirtschaftspartei hat an ihrer bisherigen Auffassung festgehalten, daß sie eine Regierung nicht unterstützen könne, in der die Sozialdemokratie führende Vertreter sei. Heute nachmittag wird die angebotene Aussprache mit der Deutschen Volkspartei erfolgen, deren rein formeller Charakter von vornherein feststeht. Die Deutsche Volkspartei will die Wähler in die Große Koalition ziehen. Ein Ministerkabinett wird als Ministerpräsident Braun, bei der Weimarer Koalition drei Stimmen zur Majorität liefern, nicht bilden können. Die Frage, vor der er sich morgen stellen müsse, wird dann lauten: Kabinett der Weimarer Koalition oder Weigerung, die am Freitag erfolgte Wahl zum Ministerpräsidenten anzunehmen.

Die Rechtsparteien glauben schon heute mit der zweiten Eventualität rechnen zu können und meinen, Ministerpräsident Braun werde sich nicht zum zweiten Male einer wahlrechtlichen „Niederlage“ aussetzen können, die durch die Deutschnational-volksparteilich-kommunistische Werbergemeinschaft herbeigeführt werden könnte. Immer wird die heterodoxe Opposition auch in Zukunft die noch der Verfassung erforderliche qualifizierte Mehrheit für ein Ministerkabinett nicht aufzubringen vermögen, aber eine einfache Majorität gegen die Regierung ist, wie sich gezeigt hat, möglich, wenn zufällig einige Abgeordnete der Weimarer Koalition bei einer Abstimmung fehlen. Auf der rechten Seite hofft man, daß Ministerpräsident Braun nach der Ablehnung der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei zum Landespräsidenten mitteilen werde, daß er die Wahl ablehnen müsse, da die Verhandlungen nicht zur Bildung einer transjordanischen Koalition geführt hätten.

Gewiß verließen sich die Hoffnungen der Rechtsparteien allerdings nicht, daß sie für den Fall des Scheiterns des Ministerpräsidenten Braun auf die Bewirtung ihrer Reichstagsfraktionen rechnen. Es glauben aber, daß die Weimarer Koalition für die nächste erforderliche Wahl des Ministerpräsidenten

einen Zentrumskandidaten präsentieren wird. Davon ist schon unmittelbar nach dem Sturz des Kabinetts Braun die Rede gewesen und Landeshauptmann Dr. Hönert ist als anstandslosiger Kandidat genannt worden. Das Zentrum hat für die Wahl am Freitag auf die Vorkandidatur eines Kandidaten aus seinen Reihen verzichtet, um durch die Wiederwahl Brauns das Scheitern an der Weimarer Koalition zu unterbinden. „Wenn Braun die Wahl nicht annehmen sollte, dann würde vorzugsweise die Kandidatur des Landeshauptmanns Dr. Hönert attackiert werden. Möglicherweise, daß dessen Benützung um eine Mehrheitskoalition bei der Wirtschaftspartei mehr Entgegenkommen finden werden.“

Göllt sich das Zentrum darin einmütlich, dann — in diesen Tagen bewegen sich die Verhandlungen der Rechtsparteien — würde es sich genötigt fühlen, zunächst den Versuch der Bildung eines Ministerkabinetts zu machen, das sich parlamentarisch lediglich auf das Zentrum und die Demokraten stützen könnte, die Weibchen aber von Fall zu Fall sich verwechseln müßte. Das würde eine flache Abhängigkeit von der Opposition auf der rechten Seite des Hauses mit sich bringen, und den allmählichen Vorrückung zur Reichstagsopposition vorbereiten.

Dieser Hinweis auf Entwürfsmöglichkeiten nach den Wünschen der Rechten genügt, um die Gefährlichkeit solcher Versuche erkennen zu lassen. Ein Kabinett auf so schmaler Basis ist in Preußen nicht möglich, es kann auf die Dauer nicht balancieren, sondern muß nach der einen oder der anderen Seite fallen. In Preußen ist nur eine Regierung mit der Sozialdemokratie oder mit der Deutschnationalen denkbar. Und da das Zentrum sich mit der Wirtschaftspartei gegen den Reichstag und für die Weimarer Koalition erklärt hat, muß die Weimarer Koalition die Regierung bilden. Das bietet Kabinett einer fast deutschnational-kommunistischen Front gegenüberliegen wird, ist klar, aber es ist noch keineswegs ausgeschlossen, daß diese Front immer halten und immer an Zahl überlegen sein wird. Schon bei der Wahl am Freitag hat sich gezeigt, daß wenn die Deutschnationalen und Wirtschaftspartei die Gefährlichkeit wahrwärtigen, die Weimarer Koalition über ein Mehrheitsverhältnis hinauswärtigen müßte der Versuch eines zweiten Kabinetts Braun gemacht werden. Es wäre abzumachen, ob es wieder wie am 23. Januar von einer Koalition der Verantwortungslosen geführt wird.

Chamberlains Rede.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

wo London, 2. Februar.

Die internationale Lage über die eingetragene Politik, die durch die Reden Herrits, Kellogg und Calhoun eingeleitet worden ist, wurde am Sonntag durch Chamberlain fortgesetzt. Der englische Außenminister sprach in Birmingham bei dem Jahresfest der Juweliers und Silberhändler. Er ist, wie der „Daily Telegraph“ sagt, während eines Besuchs in Paris „von nichts mehr beeindruckt worden, als von der Furcht für die Sicherheit Frankreichs“, der alle französischen Staatsmänner Ausdruck gegeben hätten. In der Tat hätte es, mit welcher Gefühlswärme Chamberlain die Herringschöbheit Grotius zum Ausdruck brachte.

Frankreich habe das Recht, so laut Chamberlain, gegen eine Wiederholung der Unfälle geschützt zu werden, die es im vergangenen Jahrzehnt erlebt habe. Solange nicht der erste Schritt in dieser Richtung getan sei, sei nichts geschehen, die Verträge zu verletzen und die verengenden Festschlüssen zu verwerfen.

Der Minister ging dann auf den kürzlichigen Notwendigkeit mit Deutschland ein und legte, er „bedauere“ den Ton der deutschen Antwort und die Rede des britischen Botschafters von Berlin. Er wolle sich auf keine Kontroverse einlassen, die in dieser Weise geführt werde, und begnügte sich damit, von einem Satz in der Rede des Ratzlars Rede zu nehmen, der besage, daß die deutsche Regierung durchaus entschlossen sei, Verhandlungen in der Entwürfsfrage tun zu machen, die ihr von den Alliierten nachgewiesen werden, oder die auf andere Weise auf ihren Kenntnis gelangen könnten. Er hoffte, daß er hoffte, daß die Alliierten die Rede des Ministers zu wiederholen, der der Unklarheit der deutschen Regierung entgegen zu sein schien, daß die Alliierten entschlossen seien, ihre vertraglichen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen.

Chamberlains Rede verlorle offenbar den Zweck, den Schwereigkeiten Herrits gerecht zu werden und seine Erklärung zu schärfen. Herrits war es, wie man die englische Regierung zu geben bereit ist, um dem von ihr anerkannten Eigentumsverhältnis Frankreichs gerecht zu werden. Es wäre ebenfalls falsch, Chamberlains Rede als deutlichlich anzusehen.

Das erwartete Konferenztage findet an, es werde voraussichtlich in dieser Woche dem englischen Kabinett ein in London abgehaltener Brief zur Garantie des westeuropäischen Friedens zur Erörterung vorgelegt werden, der von dem Unterkomitee des Reichsverteidigungsausschusses ausgeht, das zur Prüfung des Götter Protokolls eingeleitet ist. Einer der darin enthaltenen Vorschläge, die den Regelungen der Dominions unterbreitet werden sollen, betont sich in der Richtung, einen westlichen Pakt mit einem anschließenden allgemeinen Vertrag zu verhandeln. Auf einen solchen Pakt habe Chamberlain in seiner Sonntag-Rede angezogen. So befürwortet er aber in der Sicherheitseigenschaft, so wenig sie er geneigt, von Verfalls abzugehen, und der Welt, daß die Befolgung von Köln anfordern müßte, sobald die Entwürfsbestimmungen erfüllt seien, sei sowohl an Deutschland als an Frankreich gerichtet. Dem gegenwärtigen Inhalt des englischen Verteidigungsausschusses in Köln in London müßte keine übertriebene Wichtigkeit beigemessen werden, aber die mittelständigen Dienstleistungen müssen Vorstufe treffen für die Klärung und Überführung der Garantie in ein Gebiet, das im Voraus bestimmt werden müßte.

Nach diesen Informationen habe Frankreich keine übertriebene Neigung, den von Luther vorgeschlagenen Sicherheitspakt mit Deutschland allein zu erörtern, sondern siehe Befragungen vor, an denen alle Alliierten teilzunehmen, oder die sich in den Rahmen des Völkerbundes einfügen. Wäre dies Herrits, wenn er die Befürwortung von Köln als die von Frankreich in Frankreich bezeichnet, daß ein autonomes und neutralisiertes Rheinland in Sinn gehabt, es von keinem auszuscheiden sei, das aber Veränderungen in der deutschen Reichsverfassung bedingte, die außerhalb der Bestimmungen des Friedensvertrages lägen.

Während die offizielle Presse den Tadel Chamberlains über den Ton der deutschen Entwürfsnotizen unterstreicht und ihn als Beweis für das Wiederentstehen des Geistes eines rücksichtslosen Militarismus in einer dritten Schicht des deutschen Volkes bezeichnet, legen die liberalen Blätter, wie „Abermüher Gazette“ und „Daily News“, Deutschland habe eine militärische und politische Gleichberechtigung mit Frankreich zu erlangen. Wären ihm diese Garantien gewährt, so würden, meint „Abermüher Gazette“, die Befürwortungen vor einer Neuauflage sich halb verflüchtigen. Es sei viel notwendiger, die offensichtlichen und wahrnehmbaren Anlässe zu einem Kriege zu beseitigen, als Wälle gegen Angriffe zu errichten, die lediglich auf Kombinationen beruhen. „Daily Chronicle“ erklärt, es bedürfe kein mögliches Recht Frankreichs auf Abklärung eines Eingriffes, wenn er die Befürwortung von Köln als die von Frankreich in Frankreich bezeichnet, daß ein autonomes und neutralisiertes Rheinland in Sinn gehabt, es von keinem auszuscheiden sei, das aber Veränderungen in der deutschen Reichsverfassung bedingte, die außerhalb der Bestimmungen des Friedensvertrages sei ihm von England ein neuer Ver-

Die Reichsregierung erklärt.

Unmittelbar vor Schluß der Abendblätter, also zu einer Zeit, wo eine kritische Stellungnahme für uns unmöglich ist, wird durch das Amt des Reichspräsidenten eine offizielle Erklärung zu dem Außerordentlichen vertritt, die wichtig ist:

„Wie wir erfahren, wird die im Haushaltsausfluß des Reichstages leitende der Reichsregierung in Aussicht gestellte Denkschrift zu der Frage der Beschäftigung für die unter dem Miem-System von der Industrie ausgehenden Arbeitslosenforderungen dem Wunsch in wenigen Tagen zugehen. Gegenüber den Wünschen und von wolla solchen Voraussetzungen (!) ausgehenden Darstellungen eines Teiles der Presse wird jedoch bereits jetzt in allgemeiner Einsicht zu zühänder Stelle folgende festgehalten: Der im Herbst 1923 gefasste Entschluß der Reichsregierung, die Wiederaufnahme der Arbeit im bestmöglichen Gebiet durch die Zustimmung zum Miem-Berträge zu ermöglichen, war dem Wunsch des politischen Willens, den Weg der sonnenaneren Verfassungsmäßigkeit vorzuziehen, den bestmöglichen unter keinen Umständen zu befürworten.“

Viele Kritiker scheinen heute keine Verstellung mehr davon zu haben, was es im Herbst 1923, nach Vermeidung des passiven Widerstandes, in dem bestmöglichen Gebiet ausgesehen hat, soweit die Befolgungsmöglichkeit die Wiederaufnahme der Arbeit tatsächlich verhindern. Die notwendige Voraussetzung für den Abfluß der Miem-Berträge war die Stilllegung der Reichsregierung, die dem Wunsch des politischen Willens, den Weg der sonnenaneren Verfassungsmäßigkeit vorzuziehen, den bestmöglichen unter keinen Umständen zu befürworten.“

Wie alle rufen einzeln, insbesondere über die Höhe der Zahlungen, wird die Denkschrift eingehend anzusehen.“

greifen wolle. Es gibt nur ein öffentliches Interesse in dieser Angelegenheit: die reifliche Klärung. Wenn die Reichsregierung nicht abwarten zu können glaubt, bis ihre Denkschrift, die in „An welcher Lage“ erschienen ist, fertiggestellt ist, so hätte sie wohl einen Weg der Klärungnahme mit der Presse finden können, die den politischen Einbruch vermeiden hätte als durch die Herausgabe einer gegenständlichen „Feststellung“ die öffentliche Meinung beeinflusst werden solle.

Dabei besagt die Erklärung wenig gegenüber den entscheidenden Tatsachen. Es ging keineswegs an, in einer so wichtigen Angelegenheit Verbindlichkeiten für das Reich zu begründen und sogar Auszahlungen in ganz beträchtlichem Umfang vorzunehmen, ohne die öffentliche Meinung in des Reichstages vorher einzuholen. Auch konnte die Schwerindustrie nicht verlangen, daß ihre einzelne Vorteile gegenüber den anderen Geschädigten gemährt wurden. Die materielle Rechtfertigung der einzelnen Forderungen liegt nach wie vor völlig im Unklaren.

Ganz besonders bedenklich ist die geheime Befassung der Entwürfsfrage, die es der Schwerindustrie ermöglicht hat, unter Hinweis auf ihre schwere Notlage und ihre „Opfer“, auf Summen der übrigen Volksteile, z. B. in der Preis- und Geldpolitik, private Vorteile zu erlangen.

Kompromiß mit dem Vatikan?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 2. Februar.

Die „Information“ meldet aus Rom, daß man in dortigen vatikanischen Kreisen sich lebhaft mit den zukünftigen Beziehungen zwischen Frankreich und dem vatikanischen Staat befaßt. Allgemein glaubt man, daß wenn Frankreich im Vatikan nur einen offiziellen Vertreter beibehalte, um die Interessen von Einkommensgruppen zu verteidigen, der Vatikan seinen alten Status nicht in Paris verlieren werde. Im aber letzten unter Willen zu gehen, wenn der Vatikan die Beziehungen nicht offiziell aufgeben, er werde sich dann beschränken, einen einfachen Beobachter in Paris zu lassen, als Verbindungsman für die Fragen, die Einkommensgruppen betreffen. Der gegenwärtige Nuntius Cerretti werde nach Rom zurückkehren und den Kardinalnuntius erhalten. Allgemein glaubt, die Beziehungen zum Vatikan unterliegen durch die Entdeckung der französischen Politik grundlegend verändert werden.

Kritik an Herriot.

Nachrichtenblatt der „Bollischen Zeitung“.

in Paris, 2. Februar.

Am kommenden Sonntag findet in Grenoble die Vortragsreihe der französischen Sozialisten statt. Ein Beispiel hierzu war die gefragte Lesung der einflussreichsten sozialistischen Organisation Frankreichs, der „Fédération des Seine“, die sich ausschließlich mit dem Vertrieben in der sozialistischen Kammerfraktion zur Rede stellte über die Wichtigkeit der Räuberzone befristet. Bekanntlich sind die Sozialisten im Kabinett nicht vertreten, haben aber von Anfang an das Programm Herriots unterstützt. Trotz der starken Kritik, die die Rede Herriots von sozialistischer Seite im Laufe seiner Erfahrung, hat die Kammerfraktion doch für ihren öffentlichen Anschlag gestimmt.

Wegen der gefragten Lesung wurden am Freitag angenommen, dass die Pariser Sozialisten die längste Zeit der Partei auch in der Kammer für sich ausbreiten bringen wollen. Der erste Antrag verlangt, dass die Kammerfraktion die neue Pariser Politik Herriots nicht weiter unterstützen und es vermeiden, den Zusätzlichen zu erweisen, als sei die Partei ein „permanentes Element der Bürgerlichen Regierungsmehrheit“. Der zweite Antrag verlangt, dass bei den kommenden Gemeinderatswahlen ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Partei nicht ohne weiteres und prinzipiell statthaft ist. Besonders Gouteniere zum Reden Herriot befugt an seine Erklärung, dass die Rede, die er in der Kammer gehalten, den Reden Herriots aus dem Jahre 1912, wurde von der Mehrheit mit höchstern Beifall aufgenommen.

Englisches Entgegenkommen in der Schuldensfrage.

Nachrichtenblatt der „Bollischen Zeitung“.

in London, 2. Februar.

Die von Churchill und Chamberlain gemeinsam aufgelegte Antwort auf den Brief Elementis in der Schuldenfrage befindet sich gegenwärtig in den Händen der Mitglieder des Kabinetts und wird morgen einem außerordentlichen Kabinettsrat zur Bildung vorgelegt werden. Sie enthalten einen Vorschlag, der die Interessen der Engländer gegenüber Frankreich, jedoch in einer Deutung der allgemeinen Grundsätze, die die englische Regierung befolgt werden soll, wenn ein französisches Angebot zur Rückzahlung annehmen soll. Es heißt, dass der Abstieg der Schuldener Englands, Zahlungen nach Einstellung der deutschen Reparationszahlungen zu leisten, während England noch Zahlungen an Amerika zu machen hat, in gewisser Weise bedingungslos getrieben werden sollte, wenn es nicht bereit wären, während der Laufzeit des Desarmes-Plans erhöhte Zahlungen zu leisten.

Die chinesische „Konstituante“.

Nachrichtenblatt der „Bollischen Zeitung“.

in London, 2. Februar.

In Peking hat gestern die von der Regierung zur Förderung der allgemeinen Zugehörigkeit sogenannte „Kontingents-Konferenz“ ihre Sitzungen begonnen. Die Anwesenden sind Sun Yat-Sen waren nicht anwesend; von 148 delegierten Delegierten waren am ersten Tage nur 84 anwesend.

Gildbauerscher Wahlkampf.

Aus Peking ist wieder gemeldet: Während der Führer der Home-Nationalistischen Opposition, Dr. Koo, sich im Gange des

einer billigen Mißanthropie ab. In seiner Welt ist Ökonomie nicht zwecklos, da alle Menschen ja doch nur gleiche Erde sind. ...

Aber weigert sich ein Literat der seiner Kunst Herr ist. ...

Im Schichten dieser Welt ist die Gerechtigkeit ein Ziel und ...

die höchste der Wissenschaften, unter dem höchsten Wissen ...

die Zukunft des Deutschen Spernhausens. Wie mir ...

Strebens „Kannhäuser“ als Staatsverfassung. Der ...

Dieles Inten seine Programme hielt, drang ein ...

Strefemanns Mahnung.

Nachrichtenblatt der „Bollischen Zeitung“.

in Halle, 2. Februar.

Im Rahmen der Vernehmungen der altsächsischen ...

Wir können uns den Luxus des Kampfes um ...

Immer mandant die Entschlossenheit, als wenn, nach dem ...

Die Zollforderungen des Sächsischen Landbundes.

Nachrichtenblatt der „Bollischen Zeitung“.

in Dresden, 1. Februar.

Im Dresdener Rufus Buch hat gestern der Sächsisch ...

Die Forderungen des Sächsischen Landbundes ...

Wirtschaftliche Vereinigung gegen Deutschnationale.

Die Landtagsabgeordneten Dewitz, Lodenhoff und ...

Das „Kochersche Landblatt“ und verschiedene andere ...

Die Wirtschaftliche Vereinigung hat bisher die Politik ...

Preussisch.

in Berlin.

in Berlin.

Von dem Vergleichen anderer Leute sei nur insofern ...

Weden wir mit mir. Meine Dame war eine der ...

Ob das Kleid geht? Ich war niemals mit einer Dame ...

Wir wanderten weiter. Vorher, als ich allein durch die ...

Das ich ich nur — wie verheiratet, geschwollen von ...

Die schöne Frau und ich sind ja auch im Privatleben ...

Ich habe demersprechende Vorzüge. Kaum hatte ich ...

„O nein“, sagte ich, „um mit Gott das verlorne ...

„Daran ist mein Buch vollkommenste, und mich auf die ...

EINHEITS-KURSE

Table with multiple columns containing financial data, including stock prices, exchange rates, and company names. The table is organized into several sections: Deutsche Staatsanleihen, Einheits- u. Straßensanleihen, Wertpapierbörse, Industrie-Aktien, Reichliche Eisen-Aktien, Reichliche Stroh- u. Stroh-Aktien, Schiffbau-Aktien, Brauerei-Aktien, Bank-Aktien, and Industrie-Obligationen. Each section lists various securities with their respective prices and exchange rates.